

Kurzinformationen

zusammengestellt von Jorge Scholz

Benazir auf Reisen

Premierministerin Benazir Bhutto hielt sich vom 18. bis 22. April zu ihrem ersten Staatsbesuch in Deutschland auf. Die in Begleitung einer hochrangigen Delegation angereiste Premierministerin führte während ihres Besuchs in Bonn und Berlin unter anderem Gespräche mit Bundeskanzler Kohl, Außenminister Kinkel, Bundespräsident von Weizsäcker, Bundestagspräsidentin Süssmuth und Entwicklungshilfeminister Spranger. Nach Angaben Bhuttos ging es in den politischen Unterredungen vor allem um die Konflikte in Kaschmir und in Bosnien und um das pakistanische Interesse an Investitionen deutscher Firmen besonders in den Bereichen Energie und Kommunikation. Sie habe dem Kanzler vorgeschlagen, daß die Bundesregierung deutschen Investoren Hermes-Garantien gewähre solle, sagte Bhutto in einem Interview.

Bereits kurz nach ihrer Rückkehr

aus Deutschland reiste die Premierministerin nach Nepal, wo sie am 24. Mai zu einem zweitägigen Staatsbesuch eintraf. Auf dem Gesprächsprogramm mit der Regierungsspitze des Himalayastaates stand vor allem die Erörterung von Fragen, die die 'Südasiatische Staatengemeinschaft' (SAARC) betreffen.

Während Benazir Bhutto durch die Weltgeschichte reist und im Ausland nach wie vor großes Ansehen genießt, scheint ihr Ruf in Pakistan zunehmend zu verblassen. "Das positive Image ist fort", schreibt die Wochenzeitung 'The Friday Times' Ende Mai in einem Editorial. Benazir Bhutto agiere ungeschickt, sei zynisch und ausgesprochen ungeeignet, um die Probleme des Landes zu lösen.

Unruhen in Karachi

Wiederholte schwere Zusammenstöße zwischen Polizeieinheiten und bewaffneten Angehörigen der

'Mohajir Qaumi Movement' (MQM) forderten in der südpakistanischen Millionenmetropole Karachi allein in der zweiten Maiwoche mehr als 30 Tote und zahlreiche weitere Verletzte. Vorläufiger Höhepunkt der jüngsten Gewaltwelle: Am 14. Mai detonierten in verschiedenen Stadtvierteln der Hafenstadt zeitgleich mindestens vier Bomben. Über die Anzahl der Opfer und die Hintergründe der Vorgänge in Karachi liegen bisher nur widersprüchliche Angaben vor.

Regierungswechsel in der NWFP

Mit einem erfolgreichen Mißtrauensvotum ist die schon seit Monaten wankende Landesregierung der North West Frontier Province (NWFP) von Chefminister Sabir Shah am 24. April endgültig gestürzt worden. Bei der anschließenden Wahl des Nachfolgers stimmten 42 der 83 Abgeordneten des Provinzparlamentes der Provinz für den bisherigen Oppositionsführer Aftab

Sherpao, ein Parteifreund von Premierministerin Benazir Bhutto. Damit werden jetzt drei von vier Provinzen von der 'Pakistan Peoples Party' (PPP) und ihren Koalitionspartnern regiert. Die Anhänger von Shah nahmen aus Protest gegen den mit zweifelhaften Methoden betriebenen Machtwechsel nicht an der Parlamentsabstimmung teil (siehe auch Kurzinformationen in 'Südasiens', 3/94).

Die Vorgänge in der NWFP heizen auch auf Bundesebene die anhaltenden Spannungen zwischen Regierung und Opposition weiter an. Oppositionsführer Nawaz Sharif



So sieht die Wochenzeitung 'The Friday Times' die Regierung Bhutto.

verkündete inzwischen vor Pressevertretern den Beschluß der von ihm angeführten 'Pakistan Muslim League', ab sofort die Arbeit des Bundesparlamentes zu boykottieren und gegen die Bhutto-Regierung eine außerparlamentarische Protestkampagne zu starten. Außerdem drohte Sharif mit dem kollektiven Rücktritt aller Abgeordneten seiner Partei zu einem geeigneten Zeitpunkt. Die Rücktrittsschreiben lägen ihm bereits vor.

Attentat auf führende Oppositionspolitikerin

Auf die prominente Führerin der linksgerichteten national-paschtunischen 'Awami National Party' (ANP), Nasim Wali Khan, ist am 20. März ein Attentat verübt worden. Die Politikerin befand sich nach Angaben eines ANP-Sprechers auf dem Weg von ihrem Heimatort in die Provinzhauptstadt Peshawar, als vier Männer auf ihr Auto das Feuer eröffneten. Der Fahrer wurde dabei verletzt. Nasim Wali Khan selbst blieb den Angaben zufolge unverseht. Zwei der Attentäter hat man offensichtlich gefaßt. Der ANP-Sprecher machte die regierende PPP von Benazir Bhutto für das Attentat verantwortlich. Die PPP versuche, Gewalt unter den Paschtunen zu säen, hieß es. Hintergrund: Die ANP lieferte sich als Koalitionspartner der inzwischen abgesetzten NWFP-Landesregierung im Vorfeld des Regierungswechsels mit der damaligen PPP-Opposition einen erbitterten Machtkampf.

Rüstungsabkommen mit China unterzeichnet

Pakistan und China haben am 22. März in Islamabad ein bilaterales Rüstungsabkommen unterzeichnet, das die gemeinsame Produktion von Panzern des Typs 'Main Battle Tank' (MBT-2000) sowie von Panzergeschützen vorsieht. Die Fabrikation der Panzerwaffen soll noch in diesem Jahr in der pakistanischen Rüstungsschmiede 'Heavy Defense Industries' in Taxila anlaufen. Außerdem unterstützt China Pakistan laut Vertrag beim Bau eines weiteren Atomkraftwerks bei Mianwali, 200 Kilometer südlich von Islamabad.

Am 9. April unterzeichneten beide Länder zudem einen Vertrag über die Lieferung von sechs chinesischen Karakoram-8-Ausbildungsjets an Pakistan. Dieses moderne zweisitzige Trainingskampfflugzeug ist

eine gemeinsame Entwicklung Chinas und Pakistans.

Pakistanische F-16 abgestürzt

Beim Absturz eines amerikanischen F-16-Jagdbombers der pakistanischen Luftwaffe in der Nähe der punjabischen Air Force-Basis Sargodha sind am 26. April drei Menschen ums Leben gekommen, darunter der Pilot und zwei an der Unglücksstelle arbeitende Bauern. Die abgestürzte Maschine ist bereits die sechste dieses Typs, die die pakistanischen Luftstreitkräfte auf diese Weise verlieren. Die USA hatten 1983 während des Afghanistan-Krieges insgesamt 40 F-16 an den pakistanischen Verbündeten geliefert (siehe dazu auch: 'Das Letzte').

USA wollen gegen Nuklearkontrollen F-16 Kampfbomber liefern

Die USA sind mit ihrem Angebot an Pakistan, für den Verzicht auf eine Weiterentwicklung seines Atomwaffenprogramms 38 bereits bezahlte und bisher von der US-Regierung wegen des nuklearen Rüstungsprogramms Pakistans zurückgehaltene F-16 Kampfflugzeuge zu liefern, auf wenig Gegenliebe gestoßen. Im Detail erwarten die Amerikaner als Gegenleistung für die Lieferung der Bomber, daß Pakistan einer internationalen Kontrolle seiner nuklearen Anlagen zustimmt und die Entwicklung, den Bau und den Besitz zunächst auf den gegenwärtigen Stand einfriert und schließlich schrittweise ganz aufgibt. Ihre frühere Forderung, daß Pakistan zusammen mit Indien den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnen solle, lassen die USA jedoch fallen. Zum Abschluß eines dreitägigen Besuchs des stellvertretenden US-Außenministers Strobe Talbott in Islamabad, hieß es zwar in einer am 10. April veröffentlichten Erklärung, beide Seiten hätten vereinbart, sie wollten die diplomatische Initiative der Vereinigten Staaten weiter mit dem Ziel prüfen, eine für die USA und für Pakistan annehmbare Lösung zu finden. Die staatliche pakistanische Nachrichtenagentur APP meldete jedoch nach den Gesprächen Talbotts mit Präsident Farooq Leghari und Premierministerin Benazir Bhutto, daß die pakistanischen Politiker den amerikanischen Vorschlag mit dem Hinweis auf die jüngsten Rüstungsanstrengungen Indiens abgelehnt hätten. Bhutto wurde zudem mit

den Worten zitiert, daß Pakistan hinsichtlich seines Atomprogramms keinerlei Garantien abgeben werde, ohne daß Indien gleiche Zusagen mache.

Konsulat in Bombay geschlossen

Mit der Begründung, daß die Regierung des indischen Unionsstaates Maharashtra die Arbeit des pakistanischen Konsulats behindere, hat Pakistan am 21. März seine diplomatische Vertretung in Bombay geschlossen. Die indischen Behörden weigern sich bisher, der Bitte Pakistans nachzukommen, dem Konsulat ein regierungseigenes Bürogebäude im Süden der Provinzhauptstadt zur Verfügung zu stellen. Zudem hatte die nationalistische Hindupartei 'Shiv Sena' in Bombay gegen Pakistan Stimmung gemacht. 'Shiv Sena'-Politiker beschuldigen Islamabad, für die 13 Bombenanschläge im letzten Jahr verantwortlich zu sein, wobei in Bombay 300 Menschen starben.

Todesstrafe für Drogenhändler

Das Parlament in Islamabad hat am 26. April ein Gesetz verabschiedet, das für den Handel mit Drogen in schweren Fällen die Todesstrafe vorsieht. Zu Freiheitsstrafen von zwei und mehr Jahren Haft verurteilte Dealer werden außerdem in Zukunft automatisch enteignet. Dies meldete die amtliche pakistanische Nachrichtenagentur APP. Bisher verloren nur zu mindestens sieben Jahren Gefängnis verurteilte Rauschgift Händler ihren Besitz. Westliche Experten werten die Einführung der Todesstrafe und die Verschärfung der Enteignungspraxis im Kampf gegen die pakistanische Drogenmafia eher als symbolische Geste. Kritisiert wird, daß tatsächlich nur die Kleindealer betroffen seien während die großen Bosse und Hintermänner wie bisher unbehelligt bleiben würden.

4,6 Tonnen Opium und Haschisch beschlagnahmt

Nach Angaben eines Polizeisprechers vom 15. Mai sind der pakistanischen Polizei an einem einzigen Wochenende bei LKW-Kontrollen insgesamt 4,6 Tonnen Opium und Haschisch in die Hände gefallen. Allein in einem aus dem afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet kommenden Tanklastwagen entdeckten die Polizisten mehr als vier Tonnen Haschisch. Fahrer und Beifahrer des

Fahrzeugs seien festgenommen worden, hieß es. In einem anderen an einer Straßensperre gestoppten Lastwagen fanden sich bei der Durchsuchung rund 400 Kilogramm Opium. In diesem Fall habe man eine Person verhaftet; der Fahrer sei allerdings entkommen.

Impfkampagne gegen Kinderlähmung

In Pakistan, wo rund 20 Prozent aller Opfer der Kinderlähmung leben, wurden in den Monaten April und Mai im Rahmen einer groß angelegten Kampagne 20 Millionen Kinder unter fünf Jahren gegen Polio geimpft. Premierministerin Bhutto kündigte zum Start der Aktion an, daß diese Krankheit bis zum Jahr 2000 in ihrem Land ausgerottet werden solle. An der diesjährigen, mit Unterstützung der Weltgesundheitsorganisation durchgeführten Massenimpfung, sollen nach den Worten der Politikerin 200.000 Mitarbeiter des Gesundheitswesens beteiligt gewesen sein.

Großbrand in Chemiefabrik

Bei einem Großbrand in Karachi sind am 11. April in einer zum Ciba-Geigy-Konzern gehörenden Chemiefabrik rund 85 Tonnen Schädlingsbekämpfungsmittel verbrannt und als hochgiftige Gase freigesetzt worden. Zehn Feuerwehrleute und ein Fabrikangestellter erlitten im Kampf gegen die Flammen zum Teil schwere Vergiftungen und mußten in umliegende Krankenhäuser eingeliefert werden. Umweltschützer warnten auf einer Pressekonferenz vor weiteren tückischen Folgen des Unglücks.

ai: Politischer Mordanschlag auf Christen

Auf vier der Blasphemie (Gotteslästerung) angeklagte Christen - Protagonisten in einem emotionsgeladenen und in ganz Pakistan aufmerksam verfolgten Schauprozeß (siehe auch 'Südasiens', 8/93: "Menschenrechte in Pakistan") - ist am 5. April in Lahore nach einer Gerichtsverhandlung beim Verlassen des Gerichtsgebäudes ein Mordanschlag verübt worden. Dabei wurde Manzoor Masih erschossen und John Joseph, Rehmat Masih und der erst dreizehnjährige Salamat Masih schwer verletzt. Die drei von Augenzeugen identifizierten Täter gehören offenbar der islamistischen Splitterpartei 'Sepah-

e Sahba' an. Ein Führer dieser Gruppierung, Maulvi Fazl-e Haq, hatte die Blasphemieklage gegen die Christen angestrengt. Wie aus einem entsprechenden "urgent action"-Aufruf der Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) hervorgeht, fürchtet ai nun um die Sicherheit der Überlebenden, da die Polizei offenbar keine Maßnahmen eingeleitet hat, um die Christen zu schützen und die Verantwortlichen festzunehmen. Zum Hintergrund: Der von den pakistanischen Medien mit großem Interesse verfolgte Blasphemieprozeß gegen die Opfer des Attentats ist inzwischen ein brisantes Politikum. Gewaltbereiten Radikal-Islamisten gilt das Verfahren als Testfall für eine konsequente Anwendung der geltenden islamischen Strafgesetze, während die religiösen Minderheiten um ihre Rechte bangen. Im Mai 1993 waren die vier Christen in ihrer punjabischen Heimatstadt Gujranwala festgenommen worden, nachdem sie der bereits erwähnte 'Sepah-e Sahba'-Politiker Maulvi Fazl-eHaq - zugleich Geistlicher der örtlichen Moschee - wegen angeblicher Blasphemie angezeigt hatte. Dem zum Zeitpunkt der Tat elfjährigen Salamat Masih warf der Theologe vor, auf Geheiß der drei älteren Mitangeklagten gotteslästerliche Sprüche an die Mauer der Moschee gekritzelt zu haben, obwohl Nachbarn und Familienangehörige bezeugen, daß der Junge weder lesen noch schreiben kann. Dennoch wurde basierend auf dieser Zeugenaussage des Klägers gegen das Quartett auf der Grundlage des Paragraphen 295-C des pakistanischen Strafgesetzbuches Anklage erhoben. Dieses als "Anti-Blasphemie-Gesetz" bezeichnete Dekret schreibt für das Delikt der Verunglimpfung und Beleidigung des Propheten Mohammed die Todesstrafe vor. Der von Menschenrechtlern im In- und Ausland heftig kritisierte Prozeß wurde von Gujranwala nach Lahore verlegt, um die Häftlinge vor drohender Lynchjustiz durch aufgebrachte Demonstranten zu bewahren, die immer wieder innerhalb und außerhalb des Gerichtssaales Kundgebungen abgehalten hatten, um die Hinrichtung der Angeklagten zu fordern. Kein einziger Anwalt war bereit, die unpopuläre Verteidigung der Christen zu übernehmen. Vor dem Gerichtshof in Lahore konnten dann in Menschenrechtsorganisationen engagierte Juristen erreichen, daß alle Beschuldigten bis Januar 1994 gegen Kautions aus der

Haft entlassen wurden, wobei die Anklagen jedoch bestehen blieben.

Moscheeattentat in Lahore

Bei einem während des Freitagsgebets verübten Anschlag auf eine Moschee in der punjabischen Provinzhauptstadt Lahore sind am 23. April 25 Menschen verletzt worden, darunter auch der Imam. Wie pakistanische Zeitungen berichteten, wurden von Passanten zwei bewaffnete Männer dabei beobachtet, wie sie von einem Motorrad aus Handgranaten in das Innere des Gotteshauses schleuderten. Nach mehreren Warnschüssen in die Luft konnten die Täter unerkannt flüchten. Hunderte aufgebrachter Bewohner des betreffenden Stadtviertels zündeten bei einer spontanen Protestkundgebung gegen die Gewalttat Autoreifen an und blockierten den Straßenverkehr. Wie ähnliche Moscheeattentate in den Monaten zuvor, bei denen in diesem Jahr im Punjab schon mindestens sechs Menschen getötet und mehr als 57 verletzt wurden, soll auch dieser Anschlag auf das Konto einer Blutfehde zwischen zwei sunnitischen und schiitischen Extremistenorganisationen gehen.



**südostasien
informationen**

**Aufstieg
aus der
Dritten Welt?**

Heft Nr. 1/94

aus dem Inhalt:

- * Die Wachstumsökonomien Südostasiens - erfolgreich für wen?
- * Entwicklung versus Demokratie. Gibt es einen Dritten Weg?
- * Philippinen 2000: Wachstum mit einem starken Staat?
- * Malaysia - Vision 2020: Entwicklung und Marginalisierung
- * Wachstumsdreieck Sijori: Singapur, Johor, Riau

außerdem:

- Vietnam im Wandel
- Burma: Gedanken zu den politischen Veränderungen
- 10 Jahre Südostasien Informationsstelle

Schwerpunkt des nächsten Heftes:
- freies Themenheft -

<p>erscheinen vierteljährlich Einzelheft: 72 S. Preis: DM 7,- Doppelheft: 96 S. Preis: DM 10,- (zzgl. Porto)</p> <p>Jahresabonnement: DM 28,- für Einzelpersonen DM 56,- für Institutionen</p>	<p>erhältlich bei: Südostasien- Informationsstelle Josephinenstr. 71 D-44807 Bochum Tel.: 0234/50 27 48 Fax: 0234/50 27 90</p> <p>E-Mailing: Geonet GEOD:SEAINFO</p>
--	---

Konten: Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01) Nr. 30302491
Post giro Dortmund (BLZ 440 100 46) Nr. 1748-460